

Thesen zur Diskussion am 18.11.2011 in Berlin

Jörg Hübner, Neuss/Bochum

These 1: Der Geldumgang ist ein gewichtiger Faktor in der Konfiguration einer freiheitlichen Gesellschaft. Dabei ist es nicht nur die Überzeugung einer christlichen Sozialethik, sondern (hoffentlich) auch die eines jeden Menschen guten Willens, dass Freiheit lediglich in der unauflösbaren Beziehung von Freiheit und Bindung, Freiheit und Verantwortung, Freiheit und Dienst existieren kann. Jeder finanzethische Diskurs lebt von dieser fundamentalen Einsicht und hat sie bezogen auf die spezifische Fragestellung zur Geltung zu bringen, um den Geldumgang als Ausdruck einer freiheitlichen Gesellschaft zu erhalten.

These 2: Dabei spielen im Geflecht zwischen Finanzindustrie und Politik die Lobbyisten der Banken und der institutionellen Anleger eine wesentliche Rolle. Ihre wesentliche Aufgabe ist es, die Regulierungsdichte des Finanzsektors kritisch in Augenschein zu nehmen und die bedeutsame Rolle des Investment-Geschäfts zu schützen. Ihr dominantes Auftreten und ihre Durchsetzungsfähigkeit in den politischen Entscheidungsprozessen ist allerdings auffällig.

These 3: Die zunächst einmal legitime Wirkungsweise der Lobbyisten erfolgt in drei gut nachvollziehbaren und einsichtigen Strategien: Erstens wird versucht, durch Information und Kommunikation eine überzeugende Deutungshoheit über die Wirkungsweise der Finanzmarktinstrumente zu erlangen, zweitens wird über den Weg der Ausnahmetatbestände ein zu regulierender Sektor neu definiert und drittens werden Interessen der Finanzindustrie dadurch im politischen Umfeld zur Geltung gebracht, dass Finanzexperten zeitweise in die Politik wechseln und dort Verantwortung übernehmen.

These 4: Eine der Ursachen, die zu dieser dominanten Stellung des Finanzlobbyismus geführt haben, ist die Erfindung immer neuer Finanzmarktprodukte. Eine Vielzahl dieser Finanzmarktprodukte lässt sich Nicht-Sachkundigen nur noch durch „Expertenwissen“ verständlich machen. Hinter dieser Entwicklung verbirgt sich die Grundannahme, nach der Geld und Kapital lediglich mathematische Größen darstellen. Dass Geld im Gegensatz dazu eher als eine soziale Institution zu begreifen ist, die der Freiheit der verantwortlich Handelnden dient, bleibt dabei außen vor.

These 5: Diese Konstellation, in der die Finanzindustrie die Deutungshoheit übernimmt und politische Entscheidungswege beeinflusst, stellt für eine demokratische und freiheitliche Gesellschaft ein erhebliches Problem dar. Das Entsprechungsverhältnis von Freiheit und Verantwortung, von Risikoübernahme und Haftung, von Macht und demokratischer Kontrolle droht in dieser Konstellation zu erlahmen, obwohl gerade diese Zuordnung der eigentliche Motor der freiheitlichen Gesellschaft darstellt, wie eine christliche Ethik mit dem Leitbild der „verantwortlichen Gesellschaft“ immer wieder betont.

These 6: Eine freiheitliche Gesellschaft, zu deren Ausdruck auch der Geldumgang gehört, lebt in sozialetischer Perspektive von den Leitbildern der ausreichenden Trans-

parenz in Bezug auf verbreitete Informationen, von einer ausreichenden Bürgerbeteiligung innerhalb der Zivilgesellschaft sowie von einer Sicherstellung eines ausreichenden Maßes an Befähigungsgerechtigkeit für alle Bürgerinnen und Bürger. Auch die Finanzindustrie als Bestandteil einer freiheitlichen Gesellschaft ist von solchen Leitbildern nicht auszunehmen.

These 7: Hinsichtlich des Leitbildes der Transparenz wird in einer Vielzahl von nationalstaatlichen Entscheidungsgremien ein Lobbyregister eingeführt. Innerhalb der EU-Kommission und deren Expertenrunden besteht dagegen keine Verpflichtung, sich in solch einem Register einzutragen. Dieser Zustand bedarf einer Überprüfung.

These 8: Eine freiheitliche Gesellschaft ist auf starke Kräfte innerhalb der Zivilgesellschaft angewiesen. Die neu gegründete Institution wie Finance-Watch kann dies alleine nur sehr unvollkommen sicherstellen. Weitere zivilgesellschaftliche Kräfte, die ein entsprechendes Expertenwissen aufbauen, müssen zwingend hinzukommen. Dies kann möglicherweise durch eine staatliche Anschubfinanzierung zum Aufbau zivilgesellschaftlicher NGOs, die auf Fragen der Finanzindustrie spezialisiert sind, gefördert werden. Eine solche Investition lohnt sich, weil sie zum Aufbau einer freiheitlichen Gesellschaft einen wesentlichen Beitrag liefert.

These 9: Auch die wissenschaftliche Grundlage der Finanzindustrie wird vor Veränderungen stehen: Die Voraussetzung rationalen Verhaltens aller Akteure sowie das Wachstumspostulat harren einer Überprüfung.

These 10: Privatwirtschaftliche Interessen der Finanzindustrie sollen und müssen in einer freiheitlichen Gesellschaft zur Sprache kommen, müssen dazu jedoch in ein Setting aus Kontrollinstanzen und verschiedenen Formen von Gegenöffentlichkeit eingebunden werden. Genau dies ist in der aktuellen Konstellation nicht gegeben. Deswegen besteht die ernst zu nehmende Gefahr, dass administrative Mittel und Ressourcen privatwirtschaftlichen Zwecken angepasst werden. Im gleichen Maße steht allerdings auch die Politik in der Gefahr, einseitig Rationalitäts- und Effizienzkriterien an die Stelle aufwändiger demokratischer Entscheidungswege zu stellen.